



**BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG**

BGE | Eschenstraße 55 | 31224 Peine

Information vorab per E-Mail

Regierungspräsidium Kassel
Dezernat 34 – Bergaufsicht
Hubertusweg 19
36251 Bad Hersfeld

Dez34.bauleitplanung
@rpks.hessen.de

Eschenstraße 55
31224 Peine
T +49 5171 43-0
www.bge.de
Ansprechpartner

Durchwahl
Fax
E-Mail [redacted]@bge.de
Mein Zeichen

SG02101/7-5/6-2022#1

**Datum und Zeichen Ihres
Schreibens**

Datum 1. April 2022

Entwicklung von Methoden für die Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (§ 25 StandAG) in Schritt 2 der Phase I des Standortauswahlverfahrens - Datenanfrage

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), sind Vorhabenträgerin gemäß § 3 des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz - StandAG). Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete im September 2020 befinden wir uns im Schritt 2 der Phase I des Standortauswahlverfahrens und damit in der Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung. Im Zuge der Ermittlung der Standortregionen nach § 14 StandAG werden wir repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) in allen Teilgebieten durchführen und auf Basis der Ergebnisse erneut die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien (geoWK) anwenden. Im Zuge der Ermittlung der Standortregionen für die übertägige Erkundung können auch erstmals die planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (planWK) nach Maßgabe von § 25 StandAG zur Anwendung kommen.

Ebenso wie für die Durchführung der rvSU und die Anwendung der geoWK in der aktuellen Phase, ist für die planWK eine Anwendungsmethodik vorlaufend der Anwendung zu entwickeln, zu erproben, zu konsultieren und ggf. anzupassen. Dieses Vorgehen resultiert aus der Anforderung des StandAG, den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in einem partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren zu ermitteln.

Die Methodenentwicklungen für die eventuelle Anwendung der planWK im Schritt 2 der Phase I des Standortauswahlverfahrens erfolgt praxisnah anhand von Teilgebieten. Dafür wird

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)

Sitz der Gesellschaft: Peine, eingetragen beim Handelsregister AG Hildesheim (HRB 204918)

Geschäftsführung: Stefan Studt (Vors.), Steffen Kanitz, Dr. Thomas Lautsch

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Staatssekretär Jochen Flasbarth

Kontoverbindung: Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg - IBAN DE57 2699 1066 7220 2270 00, BIC GENODEF1WOB

USt-Id.Nr. DE 308282389, **Steuernummer** 38/210/05728



die BGE die bereits für die Methodenentwicklung der rvSU ausgewählten Teilgebiete als Gebiete zur Methodenentwicklung (GzME) heranziehen. Die GzME stellen weder eine Vorfestlegung für Standortregionen dar, noch bedeutet ihre Ausweisung eine Aussage über ihre Eignung als potentielle Standortregionen. Nähere Informationen zu den GzME finden Sie hier:

<https://www.bge.de/de/endlagersuche/meldungen-und-pressemitteilungen/meldung/news/2021/7/614-standortauswahl/>

Als GzME wurden folgende Teilgebiete ausgewählt:

Tabelle 1: Teilgebiete zur Methodenentwicklung

Teilgebiet	Bundesländer
001_00TG_032_01IG_T_f_jmOPT	BW; BY
009_00TG_194_00IG_K_g_SO	BW; BY; BB; SN; ST; TH
035_00TG_057_00IG_S_s_z	NI
078_02TG_197_02IG_S_f_z	HE; NI; ST; TH

Unsere Anfrage beschränkt sich auf die in der Tabelle 1 angegebenen Gebiete. Alternativ steht es Ihnen frei, uns bundes- bzw. bundeslandweite Daten zur Verfügung zu stellen. Die Shape-Dateien der entsprechenden GzME finden Sie im Anhang der E-Mail zu dieser Anfrage (diese Anfrage erhalten Sie in der Form einer E-Mail und als Brief).

Die BGE entwickelt derzeit Anwendungsmethoden für eine eventuelle Anwendung der planWK auf Ebene der Einzelkriterien. Die konzeptionelle Vorgehensweise sieht vor, dass zunächst die mit den planWK des StandAG adressierten Nutzungskonflikte in auszuweisenden Gebieten anhand vorhandener Daten bei Bundes- und Landesbehörden dargestellt werden würden. Darauf würde dann die Anwendung der planWK mit dem Ziel einer Einengung oder eines Vergleichs von Gebieten folgen. Einen ersten Arbeitsstand der Methodenentwicklung für die Anwendung der planWK wird die BGE im Frühherbst dieses Jahres öffentlich vorstellen.

Für die praxisnahe Methodenentwicklung der in Anlage 12 (zu § 25) StandAG aufgeführten planWK benötigen wir Erkenntnisse über die in Ihrem Zuständigkeitsbereich vorhandenen Bestandsdaten.

Wir bitten vor diesem Hintergrund um **Übersendung der im Folgenden angeführten Daten, sofern in Ihrem Haus vorhanden.** Grundsätzlich benötigen wir georeferenzierte bzw.



georeferenzierbare Daten. Daher bitten wir zzgl. der angefragten Geodaten um folgende Angaben und Formate:

- Bei Flächenangaben: Koordinaten der Flächenbegrenzung
- Bei Kartendarstellungen: digitale Karten, bevorzugt als Vektor-Darstellungen, wenn möglich in einem mit ArcGIS lesbaren Format
- Bei Koordinaten: Lage-Bezugssystem.

Dabei wird eine Zurverfügungstellung mindestens im Erfassungsmaßstab 1:100.000, gerne auch größer, bevorzugt. Sofern dieser Erfassungsmaßstab für einzelne Karten nicht verfügbar sein sollte, erbitten wir ersatzweise eine Übermittlung der Karten im größtmöglich flächendeckend verfügbaren Erfassungsmaßstab vorzunehmen.

- **Abfragekennzeichen: p09_02a_HE_01**
Übersichtskarte der in Abbau befindlichen Lagerstätten und Lagerstätten mit vorliegender Abbaugenehmigung. Sowohl für bergfreie Bodenschätze nach Bundesberggesetz (BBergG) als auch für grundeigene Bodenschätze.
- **Abfragekennzeichen: p09_02b_HE_01**
Karte der nach BBergG genehmigten Fracking Bohrungen. Nach Möglichkeit inklusive dem geplanten Bohrfad, zwecks Anlegung eines Sicherheitsabstandes.

Darüber hinaus sind für die Arbeiten der Vorhabenträgerin ergänzende Informationen zum Datenmaterial erforderlich, welche Sie uns, **sofern in Ihrem Haus vorhanden, bitte kartenspezifisch übermitteln:**

- Wie aktuell ist die Karte bzw. sind die zugrundeliegenden Daten?
- In welchem Erfassungsmaßstab liegen die zugrundeliegenden Daten vor?
- Woher stammen die zugrundeliegenden Daten?
- Gibt es Kenntnis über Unvollständigkeit oder Fehler in der Karte oder den Daten?
- Wurde für die Erstellung der abgefragten Karte landesweit flächendeckend einheitlich gearbeitet? Wenn nein, warum nicht?
- Ab wann gilt ein Vorhaben als geplant, ab wann spricht man von einer bestehenden Nutzung? Gibt es ein bergrechtliches Instrument, dass in geplante und bestehende Nutzung unterteilt?

Die Beantwortung erbitten wir unter Angabe des jeweiligen Abfragekennzeichens an [\[redacted\]@bge.de](mailto: [redacted]@bge.de) zu senden. Eine fortlaufende Methodenentwicklung kann auch durch zeitlich gestaffelte Lieferungen von Ihrer Seite gewährleistet werden, so dass Sie bitte Teillieferungen erwägen, sofern der Aufwand einer umfangreichen Lieferung für Sie



Kapazitätsprobleme bedeuten würde. Selbstverständlich sind wir für weitergehende Hinweise stets dankbar.

Bei der Übersendung auf dem Postweg bitten wir Sie, zwecks unserer hausinternen Dokumentation, auf handelsübliche, unveränderbare Datenträger (z. B. DVD) zurückzugreifen. Sollte aufgrund eines zu großen Datenvolumens die Nutzung eines anderen Datenträgers erforderlich werden, so bitten wir um kurze telefonische Rücksprache zwecks Abstimmung.

Sofern Sie diese Daten nicht verfügbar halten, **bitten wir um eine spezifische Negativmeldung** mit Bezugnahme auf das jeweilige Abfragekennzeichen.

Uns ist bewusst, dass Datenanfragen Aufwände verursachen. Daher ist es uns ein Anliegen, die Zusammenarbeit mit Ihrem Haus so zu gestalten, dass Aufwände minimiert und Missverständnisse vermieden werden. Daher stehen wir Ihnen für Rückfragen gerne jederzeit telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung. Wir bitten um eine entsprechende Mitteilung per E-Mail an die im Briefkopf angegebene Adresse, sofern Bedarfe bestehen.

Ferner plant die BGE am **26. April 2022** vormittags eine digitale Informationsveranstaltung zu den Datenanfragen für die planWK anzubieten. Wir werden Sie zeitnah einladen und haben auch Ihre Landesregierung über unser Vorgehen informiert.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns die erbetenen Daten bis zum **9. Mai 2022** zur Verfügung stellen könnten und danken Ihnen bereits im Voraus für Ihre Unterstützung.

Wir bitten zu beachten, dass dieses Schreiben sowie die Rückantworten ggf. auf einer Internetpräsenz der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH veröffentlicht und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zur Veröffentlichung auf der Informationsplattform gemäß § 6 StandAG zur Verfügung gestellt werden. Sollten Ihrerseits Bedenken bestehen, so sind diese ausdrücklich der Rückantwort voranzustellen.

Wir sehen einer Zusammenarbeit freudig entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



Bereichsleiterin Standortauswahl



Abteilungsleiterin Vorhabensmanagement
Standortauswahl